



28.09.2007 - 11:41 Uhr

proTELL: Bundesrat und Parlament entziehen dem Bürger-Soldaten das Vertrauen

Dornach (ots) -

proTELL ist zutiefst enttäuscht über die nun auch vom Nationalrat verweigerte Abgabe der Taschenmunition (TM). Nur noch Bereitschaftstruppen werden mit TM ausgerüstet. Eine radikale Kehrtwende. Noch im September 2006 hat der Bundesrat die generelle Heimabgabe der TM verteidigt. Er sah darin "eine staatspolitisch bedeutsame Demonstration des Wehrwillens der Bürger/-innen. Die Sicherheit werde nicht erhöht, wenn korrekt handelnden Wehrmännern die TM abgenommen werde". Die sicherheitspolitische Lage hat sich seither keineswegs verändert. Bundesrat und Parlament sind auf die populistische und wahlorientierte Kampagne der Gegner des privaten Waffenbesitzes hereingefallen. Die wenigen für Suizide und Tötungsdelikte missbrauchten Patronen werden bedeutend mehr gewichtet, als die jährlich über 75 Mio in der Schweiz verantwortungsbewusst verwendeten Patronen. Es ist Populismus, Tötungen mit Schusswaffen pauschal der Verfügbarkeit von Ordonnanzwaffen und TM zuzuordnen. Dreiviertel der Suizide werden bei uns nicht mit Schusswaffen begangen. Davon reden die Gegner nicht, denn die Problematik ist komplexer, als flächendeckende Verbote zu fordern.

Die Mehrheit von Bundesrat und Parlament blendet opportunistisch den Zweck unseres Miliz-System aus. Aufbewahrung und Pflege der persönlichen Ausrüstung inklusive Waffe und TM durch den AdA ist für die Armee eine kostenlose Lösung, für den AdA Verpflichtung im eigenen Interesse. Verzicht auf Heimabgabe verhindert seinen raschen Einsatz ebenso, wie eine unpersönliche Waffe. Mit dem "Obligatorischen Programm" (OP) werden Schiessfertigkeit und Funktionstüchtigkeit der Waffe überprüft. Mit ihrer Kasernierung wäre das OP illusorisch. Sie wäre logistisch und finanziell nicht verkraftbar. Das Schiesswesen hat jahrhundertealte Tradition. Der Schweizer lernte mit Waffen sicher umzugehen. Verzicht auf Heimabgabe von Waffe und/oder TM ist unbegründetes Misstrauen gegenüber dem Bürger/ Soldaten. Viele wenden sich vom Staat ab, ein gravierender Verlust. Viele werden auf ausserdienstliches Schiessen verzichten, eine Schwächung der Schiessfertigkeit. Die von der SP-Schweiz lancierte Volksinitiative "Für den Schutz vor Waffengewalt" markiert das Ziel: Entwaffnung der Waffenbesitzer.

proTELL fordert statt wirkungslose Waffen- und TM-Verbote:

- Erziehung zu verantwortungsvollem Umgang mit gefährlichen Gegenständen inklusive Waffen.
- Verbot von Gewalt-Videos/-Filmen, Soft-Air-Guns und Imitationswaffen.

Solche "Spielzeuge" braucht die Jugend nicht zur sozialen Bildung oder Unterhaltung.

Am 21. Oktober können die Stimmbürger die Richtung bestimmen!

Kontakt:

Willy Pfund a/NR

Präsident proTELL
Tel.: +41/61/703'04'77
Mobile: +41/79/645'02'20

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100007002/100545987> abgerufen werden.